

Grüne erfreut über irischen Volksentscheid gegen Abtreibungsverbot

Utl.: Dziedzic/Vana: Kriminalisierung von Frauen ist Geschichte =

Wien (OTS) - Das amtliche Ergebnis wird erst am Nachmittag erwartet, die Fehlerspanne der Befragung liegt jedoch lediglich bei 1,5 Prozent, somit spricht der Volksentscheid in Irland eine klare Sprache: Bei den 18- bis 24-Jährigen lag die Mehrheit bei 87 zu 13 Prozent, von den über 65-Jährigen wollten hingegen 60 Prozent am Abtreibungsverbot festhalten. In Dublin stimmten 77 Prozent mit "Ja". Während das offizielle Ergebnis also noch aussteht, ist bereits klar, dass eine deutliche Mehrheit Schwangerschaftsabbrüche legalisieren und Frauen nicht länger kriminalisieren möchte.

Die Europaabgeordnete Monika Vana und die Sprecherin der Grünen Frauen Österreich, Ewa Dziedzic, zeigen sich über den Ausgang der Abstimmung in Irland erfreut. „Einer entsprechenden gesetzlichen Regelung steht nun nichts mehr im Weg. Eines der restriktivsten Verbote wird endlich Geschichte sein.“ Keine Parlamentspartei hatte sich gegen den Vorschlag gestellt. Ministerpräsident Leo Varadkar will nun eine Fristenlösung nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten einführen. „Die Kampagne der Abtreibungsgegner ist ins Leere gelaufen, nach dem Votum für gleichgeschlechtliche Ehe setzt die Bevölkerung nun ein erneutes Zeichen für gesellschaftspolitischen Wandel in Irland“, betont EP-Abgeordnete Vana.

Der Zusatzparagraph 8, der 1983 ebenfalls per Referendum in die Verfassung aufgenommen worden war, machte Abtreibungen bisher praktisch unmöglich. "Das Verbot hat zu unzähligen Tragödien geführt. Frauen starben, weil sich die Ärzte mit Hinweis auf die Verfassung weigerten, nicht lebensfähige Föten aus der Gebärmutter zu entfernen. Frauen und Ärzte, die gegen den Paragraphen verstießen, riskierten Gefängnisstrafen von 14 Jahren", erläutert die Grüne Bundesrätin Dziedzic die Bedeutung des Entscheids.

Irlands Gesundheitsminister Simon Harris wird die entsprechende Gesetzesvorlage nach der Sommerpause ins Parlament einbringen. Spätestens zum Jahresende soll das Gesetz in Kraft treten, dafür gibt es in beiden Kammern des Parlaments eine Mehrheit.

Rückfragehinweis:

Grüne im Parlament

presse@gruene.at

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0013 2018-05-26/11:56

261156 Mai 18

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180526_OTS0013